

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXI/167

Bonn, den 2. September 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Und Erhard ?</u>	67

"Nur bedingt einsatzfähig"

2a	<u>Aufschlußreich</u>	40
----	-----------------------	----

Mehr Propaganda anstelle besserer Politik

3	<u>Normalisierung der Beziehungen zu Rumänien ?</u>	53
---	---	----

Zu Schückers Reise nach Bukarest

4 - 5	<u>Amerikanisch-russisches Pokerspiel</u>	64
-------	---	----

Sowjetische Flotte dringt in den Mittleren Osten vor

Von unserem Korrespondenten in Israel, J. E. Palmer

+ + +

Und Erhard ?

"Nur bedingt einsatzfähig"

- \* "80 Meter hoch in der Luft hängt dieser Einzelkämpfer. Un-
- \* ter ihm ist erst mal nichts, dann harte Steine und Geröll -
- \* ein allzu fester Boden, wenn man hinunterfällt."

Text aus einem Werbeinserat für die Bundeswehr

\* \* \*

3.9. - Der erste Akt der Konfrontation zwischen der Generalität der Bundeswehr und dem Verteidigungsminister vor dem Verteidigungsausschuß des Bundestages hat eine solche Fülle von Ungereimtheiten zu Tage gefördert, daß man jetzt schon in einer Art Zwischenbilanz feststellen darf:

- \* Es gibt seit langem Streitigkeiten, Reibereien und Mißverständ-
- \* nisse an der Spitze unseres Verteidigungswesens, die das we-
- \* hungslose Funktionieren eines so komplizierten Organismus, wie
- \* es eine moderne Armee ist, fast unmöglich machen.

Daß die unmittelbar an diesen Unzulänglichkeiten beteiligten Personen aus den unterschiedlichsten Motiven ein Interesse daran gehabt haben mögen, das Vorhandensein ihrer Meinungsverschiedenheiten entweder zu bagatellisieren oder gar zu verbergen, ist zwar menschlich verständlich, aber angesichts der Probleme, um die es hierbei geht, nicht entschuldigbar.

Wie meist in ähnlichen Fällen will nun jeder der Beteiligten der erste gewesen sein, der sich bemüht habe, Ordnung zu schaffen, oder zumindest die Dinge in Bahnen zu lenken, wo sie in Ordnung gebracht werden können. Da erfährt man, ein Inspekteur habe dem Bundeskanzler nicht korrekt Bericht erstatten können, weil sich ein Staatssekretär "dazwischen geschoben" habe. Man erfährt, daß ein Bericht für den Verteidigungsausschuß des Bundestages nicht nur redaktionell überarbeitet, sondern um einen erheblichen Teil gekürzt worden sein soll. Man erhält Kenntnis davon, daß notwendige Verbesserungen an einem bestimmten Waffensystem zwar vorgeschlagen und gebilligt, aber nicht zur Durchführung gelangt sind.

Jetzt ist auch plötzlich von Erhard die Rede. Aus Oslo(!) wird

berichtet, die Einstellung Erhards zur Krise an der Spitze der Bundeswehr werde wesentlich von der "tiefen Verärgerung" des Kanzlers wegen der Haltung Trettner und Panitzki in ihrer Aussprache mit ihm im Januar bestimmt. Wenn Trettner und Panitzki aus Rücksicht auf von Hassel schweigen - so heißt es -, dann haben sie die Loyalität gegenüber dem Minister übertrieben. Er, Erhard, werde darauf achten, daß der Primat der Politik auch im Verteidigungswesen gewahrt bleibe.

- \* Natürlich ist das eine löbliche Ankündigung. Aber für wie dumm
- \* hält man eigentlich unser Volk? Soll es tatsächlich wahr sein,
- \* daß der Regierungschef nur d i e s e s Problem bei der Krise
- \* an der Spitze unseres Verteidigungswesens sieht?

Seit Monaten - eigentlich schon seit Jahren - wissen alle auch nur am Rande mit den Problemen der Bundeswehr und unseres Verteidigungswesens befaßten Personen, daß hier etwas nicht stimmt. Man konnte es in den Zeitungen lesen, man konnte es aus den unzulänglichen Antworten des Verteidigungsministers und seines Staatssekretärs auf parlamentarische Anfragen entnehmen.

Hätte der Regierungschef nicht schon längst die Pflicht gehabt, die Beteiligten zu sich kommen zu lassen und sie zu fragen, was bei unserem Verteidigungswesen nicht in Ordnung ist? Aber gesetzt den Fall, der mehr zivile Erhard interessiere sich nicht allzu sehr für rein militärische Probleme; für e i n e s hätte er sich als Regierungschef interessieren m ü s s e n : für die Frage, ob die rund 20 Milliarden DM Steuergelder, die dem Verteidigungsministerium zur Verfügung stehen, auch richtig verwaltet werden.

Aber nicht einmal d a s tat der Bundeskanzler.

Will der Bundeskanzler tatsächlich glauben machen, er habe von den Vorgängen an der Spitze unseres Verteidigungswesens nichts gemerkt und sei deswegen bisher nicht aktiv geworden? Hat er sich tatsächlich nur mit der Berichterstattung des Verteidigungsministers begnügt?

Schon der Gedanke an eine solche Möglichkeit läßt einen erschauern. Ein Regierungschef, der laut Grundgesetz die Richtlinien der Politik bestimmen soll, der also in letzter Instanz die Verantwortung für alles trägt, was unter seiner Regierung geschieht, der aber bis zum Platzen der Bombe ahnungslos ist, ein solcher Mann ist nur noch bedingt einsetzbar.

Aufschlußreich

Mehr Propaganda anstelle besserer Politik

sp - Die Journalisten-Parlamentarier-Runde des Zweiten Deutschen Fernsehens am Donnerstagabend war in vieler Beziehung sehr aufschlußreich. Millionen Bundesbürger konnten auf die Frage des Diskussionsleiters Reinhard Appel, wie man sich eine Kabinettsreform vorstelle, von dem CSU-Bundestagsabgeordneten **S c h u l z e - V o r b e r g** die verblüffende Antwort hören, es käme jetzt darauf an, daß die Bundesregierung eine bessere Propaganda mache. Zwar verfüge die Regierung über ein recht großes Presse- und Informationsamt (rund 1.000 Mitarbeiter), man müsse aber zugeben, daß die Informationstätigkeit der Opposition viel wirkungsvoller sei.

Sowiß sprach aus Schulze-Vorberg auch der frühere Journalist, der jahrelang in Bonn als Korrespondent des Bayerischen Rundfunks tätig war und daher weiß, wer etwas kann. Und doch ist die Antwort des jetzigen CSU-Politikers interessant. Der Mann meint also nicht mehr und nicht weniger, als daß der Steuerzahler für die Erläuterung der schlechten Politik der jetzigen Bundesregierung **n o c h** mehr Geld berappen soll als bisher. Der berühmte Reptilienfonds, mit dem die Bundesregierung einen großen Teil ihrer Propaganda bestreitet, reicht also nicht mehr aus.

Es ist kaum anzunehmen, daß die Parteifreunde des Abgeordneten Schulze-Vorberg ob dieser Antwort sehr erbaud waren. Zunächst enthält sie ein unverhülltes Kompliment für die Informationspolitik der Opposition, die bekanntlich personell und finanziell mit einem Bruchteil an Aufwand von dem geleistet werden muß, was die Bundesregierung jetzt schon zur Verfügung hat. Dann aber ist die Antwort auch die erschreckende Enthüllung von Gedanken, wie sie in den finsternen Zeiten Deutschlands gang und gäbe gewesen sein mögen. Wichtig ist nicht, ob eine Kabinettsreform als politische Notwendigkeit erkannt wird; wichtig ist nur, daß man dem Volk mit Hilfe breit angelegter Propaganda klarmacht, wie "tüchtig" die Regierung ist. **W e l c h e** Politik diese Regierung macht, ob sie mit dem Instrumentarium, das ihr zur Bewältigung politischer Aufgaben zur Verfügung steht, richtig agiert - alles das ist uninteressant. Interessant ist nur die Propaganda, die muß verstärkt werden.

Vielleicht sieht sich der CSU-Abgeordnete Schulze-Vorberg schon als Nachfolger des mühsam die Politik der Bundesregierung vertretenden Staatssekretärs Günther von Hase. Vielleicht...

Die Runde am Bildschirm, ob Politiker oder Journalisten, lächelte verlegen. Und auch das war sehr aufschlußreich.

## Normalisierung der Beziehungen zu Rumänien ?

### Zu Schmückers Reise nach Bukarest

sp - Wenn Wirtschaftsminister Schmücker nach Bukarest zu den deutsch-rumänischen Verhandlungen reist, wird es um mehr gehen, als nur um die Ausweitung der gegenseitigen Handelsbeziehungen. Im Grunde genommen leiden auch diese Beziehungen unter dem Fehlen voller diplomatischer Beziehungen zu Rumänien.

Die Rumänen haben schon wiederholt zu erkennen gegeben, daß sie an einer Normalisierung der Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland interessiert sind, wenn in diesem Zusammenhang unsererseits nicht Bedingungen gestellt werden, die ihre politische Situation innerhalb der kommunistischen Länder Ost- und Südosteuropas erschwert. Hinderlich ist dabei, daß Rumänien die "DDR" als selbstständigen Staat anerkennt, wir aber deshalb aufgrund der Halsteindoktrin mit Rumänien keine vollen diplomatischen Beziehungen anknüpfen können. Hierdurch bedingt konnte bisher kein Kodus gefunden werden, um volle diplomatische Beziehungen zu einigen kommunistischen Ländern Mittel- und Südosteuropas anzubahnen. Bei Rumänien scheint das Interesse für die Aufnahmen diplomatischer Beziehungen nach wie vor vorhanden zu sein. Schmücker wird deshalb im Gespräch mit den maßgebenden rumänischen Politikern einen Weg suchen müssen, um die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zu Rumänien zu erleichtern und vielleicht sogar gleichzeitig die Basis für diesbezügliche Verhandlungen auch mit anderen Ländern Mittel- und Südosteuropas zu schaffen. Es besteht kein Zweifel darüber, daß die gestellte Aufgabe viel politisches Geschick und Übersicht erfordert; sie verlangt aber auch gleichzeitig Rücksichtnahme auf fundamentale deutsche und rumänische Interessen.

Außerhalb rein politischer Fragen gilt es aber für Schmücker noch eine humanitäre Frage mit den Rumänen zu erörtern; nämlich jene der Zusammenführung derjenigen Deutschen aus Rumänien mit ihren Angehörigen in der Bundesrepublik, die wegen der Kriegsergebnisse auseinandergerissen wurden. Der Bundeswirtschaftsminister müßte die rumänische Regierung davon überzeugen, daß es sich hier um ein rein humanitäres Anliegen handelt, das außerhalb jeglicher politischer Überlegungen zu stehen ist.

Aus vielen persönlichen Begegnungen zwischen Rumänen und Deutschen wissen wir, daß "Humanitas" für die Rumänen kein leerer Begriff ist. Das Verhältnis zwischen den Rumänen und den Deutschen war in Rumänien zumeist gut; in Siebenbürgen und in Banat vielfach getragen von persönlicher Zuneigung, ja Freundschaft. Schon allein aufgrund dieses Tatbestandes wäre es eine noble Geste und ein Beweis humanitärer Gesinnung auch des kommunistischen Rumäniens, wenn seine Regierung das große Leid, das viele deutsche Familien aus Rumänien betroffen hat, durch großzügigere Behandlung von Auswanderungsanträgen zu mildern bereit wäre.

Dabei würde es auch der Bundesregierung gut anstehen, wenn sie als Zeichen des guten Willens auch von sich aus eine humanitäre Geste gegenüber Rumänien vollbringen würde, und zwar schon in Anbetracht dessen, daß im Kriege deutscherseits auch manchen Rumänen Leid zugefügt und dem rumänischen Volk manche Last aufgebürdet wurde.

Wenn im Vorfeld diplomatischer Beziehungen mit Rumänien solche gegenseitigen humanitären Handlungen stehen würden, könnte sich auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet ein rumänisch-deutsches Verhältnis von längerer und soliderer Dauer entwickeln als dies in der Vergangenheit der Fall war.

Amerikanisch-russisches Pokerspiel

Sowjetische Flotte dringt in den Mittleren Osten vor

Von unserem Korrespondenten in Israel, J.E. Palmon

Eine wahre Sensation im ganzen Mittleren Osten rief der Chef der russischen Schwarzmeer-Flotte, Admiral Czernabaja, anlässlich eines Besuchs in Alexandria hervor, wo er erklärte: "Die Schiffe der russischen Flotte werden von jetzt ab ständig im Mittelmeer kreuzen". Der Admiral beschwerte sich in seiner Begrüßungsrede im ägyptischen Hafen noch darüber, dass amerikanische Flugzeuge im Tiefflug über seinen Schiffen erschienen seien und diese belästigt hätten.

Besorgte Amerikaner

Die Vereinigten Staaten dementierten diese Behauptung schnell, sie blieben jedoch angesichts des plötzlichen Auftauchens der russischen Schiffe im Mittleren Osten sehr besorgt. Inzwischen verbreiteten arabische Zeitungen Nachrichten, dass die russischen Einheiten ausser Ägypten auch die Häfen Syriens und des Libanon, sowie den Hafen von Hofeida im südlichen Jemen (am Roten Meer) besuchen würden. Nasser hatte zwar in einer Rede vor ägyptischen Studenten versichert, dass er den Russen keine Flottenbasen versprochen habe, jedoch wird mit der Einrichtung von Service-Stationen für russische Schiffe (Brennstoff- und Wasserversorgung) gerechnet, wenn die Sowjets ständig Einheiten ihrer Flotte im Mittelmeer kreuzen lassen wollen.

Gegenseitige Beschuldigungen

Das Auftauchen dieser sowjetischen Schiffe ist ein Teil des "Kalten Krieges", der im Mittleren Osten wieder beängstigende Ausmaße angenommen hat. Die Amerikaner hatten vor einiger Zeit Ägypten um Genehmigung für einen "Freundschaftsbesuch" ihrer Schiffe der sechsten Flotte gebeten, doch Nasser lehnte die amerikanische Bitte sofort ab. Dann wollten die Amerikaner den Hafen des Jemen Hofeida besuchen und stützten sich darauf, dass die Vereinigten Staaten die revolutionäre Regierung des Jemen (im Gegensatz zu England) längst anerkannt hätten. Die Antwort war eine entschiedene Ablehnung. Ägyptische Zeitungen erklärten (offensichtlich vom Jemen inspiriert) bei dem "Freundschaftsbesuch" hätte es sich um eine "Spionagefahrt" handeln sollen. Die Amerikaner hätten nur feststellen wollen, in welchem Umfange sowjetische

Sachverständige beim Ausbau des Hafens von Hodeida Hilfe leisten. Die Regierung des Jemen beklagte sich ausserdem darüber, dass die Amerikaner den Hafen unter Fernkontrolle halten: Amerikanische Schiffe der sechsten Flotte kreuzen regelmässig in verhältnismässig geringer Entfernung vor Hodeida und versuchen die Bewegung im Hafen zu verfolgen. Nach Meinung der Regierungsstellen des Jemen werden mit Stetoskopen auch Fernbeobachtungen vorgenommen.

### Schicksalsjahr 1968?

Tatsächlich ist der Hafen von Hodeida heute einer der am meisten geheimnisumwitterten Plätze der Welt. Nach amerikanischen Informationen werden dort Vorbereitungen getroffen, um die Südspitze der arabischen Halbinsel und den Eingang zum Roten Meer unter ägyptisch-sowjetische Kontrolle zu nehmen, wenn im Jahre 1968 Grossbritannien Südarabien und der Hafen von Aden am Eingang zum Roten Meer räumen wird. 1968 wird allgemein als Schicksalsjahr für die arabische Halbinsel und für den ganzen Mittleren Osten angesehen.

Der Ölscheich von Kuwait will einen grossen Zusammenstoss zwischen Ägypten und Jemen auf der einen und Saudi-Arabien auf der anderen Seite vermeiden. Daher werden unter seinem Protektorat erneut Verständigungsvorhandlungen über das so umstrittene Jemen-Problem in Kuwait abgehalten werden. Die Chancen dieser Besprechungen werden angesichts der Verschärfung der allgemeinen Stimmung jedoch nicht sehr hoch eingeschätzt.

### Sowjets setzen auf "Kalten Krieg"

Die Regierung Israels verfolgt natürlich die russischen Flottenbewegungen auch mit grösster Aufmerksamkeit. In der letzten Zeit drangen nach Israel Nachrichten, dass Syrien erneut einen "Volkskrieg" gegen Israel - nach algerischem Muster - unter Einsatz von Guerillatruppen vorbereiten will. Der israelische Generalstabschef General Rabin warnte in einer Rede ausdrücklich vor dieser Möglichkeit. Alle diese Pläne sind nur angesichts sowjetischer Unterstützung denkbar. Daher versuchen israelische Minister und Diplomaten auf die Russen einzuwirken und wollen sie darauf aufmerksam machen, dass von ihrem Verhalten in hohem Masse der Frieden im Mittleren Osten abhängt. Im Augenblick setzen die Russen weiter auf die Karte des "Kalten Krieges" in Orient, und wollen diese ausspielen, um den Amerikanern angesichts ihrer Vietnam-Politik Schwierigkeiten zu machen.